

Institutionelle Entwicklungen des Herkunftssprachenunterrichts in Deutschland (mit einem Seitenblick auf Österreich und die Schweiz)

Hans H. Reich
Universität Koblenz-Landau

Die institutionelle Entwicklung des Herkunftssprachlichen Unterrichts in Deutschland (und in anderen europäischen Einwanderungsstaaten) kann als Auseinandersetzung zwischen den Sprachbildungsinteressen der Migrantengruppen und den Selbsterhaltungsinteressen der Bildungssysteme des Einwanderungslandes verstanden werden. In dieser Auseinandersetzung haben sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts drei Grundoptionen herausgeschält: eine etatistische Lösung (auf der Grundlage zwischenstaatlicher Verträge), eine wohlfahrtsstaatliche Lösung (auf der Grundlage eines generellen Bildungsrechts) und eine kommunitäre Lösung (auf der Grundlage der Vereinsfreiheit).

Curricular stehen sich zwei Grundorientierungen gegenüber: Angebote, die den Erhalt der Herkunftskultur zum Ziel haben (vorwiegend Angebote der Herkunftsstaaten und der Migrantenorganisationen), und Angebote, die eine Angleichung an die Bildungsziele des Einwanderungslandes erstreben (vorwiegend Angebote der Bundesländer).

Die Bundesländer haben in dieser Auseinandersetzung von den 1960er Jahren bis zur Gegenwart wechselnde Positionen eingenommen, die zwischen den genannten Grundoptionen schwanken bzw. unterschiedliche Mischformen darstellen und sich unterschiedlichen politischen Konstellationen verdanken. Es ist daher erforderlich, übergreifende pädagogische Kriterien zur Bewertung der bildungspolitischen Entscheidungen zu entwickeln, die eine zumindest vorläufige Orientierung in dem Nebeneinander von deutscher und herkunftsstaatlicher Verantwortung, von staatlichen und privaten Angeboten, von Ergänzungsunterricht und Regelunterricht sowie von Leuchtturmprojekten und Basisangeboten gestatten.

Für die Weiterentwicklung des Herkunftssprachlichen Unterrichts in Deutschland bieten sich zwei Perspektiven an: Durch eine verstärkte fachliche Selbstorganisation könnten Aufgaben der Information und der Koordination übernommen werden, die für die Weiterentwicklung dringend gebraucht werden, für die aber derzeit in Deutschland keine Instanz zuständig ist. Durch eine verstärkte Thematisierung der Funktionen herkunftssprachlicher Bildung im Rahmen der europäischen Mehrsprachigkeit könnte eine systemgerechte Eingliederung in eine künftige transnationale Sprachbildungspolitik vorbereitet werden.

Literatur:

Bundesministerium für Bildung und Frauen: Informationsblätter des Referats für Migration und Schule (verfügbar unter www.schule-mehrsprachig.at), Wien, erscheint jährlich.

Eine lohnende Herausforderung. Wie die Mehrsprachigkeit zur Konsolidierung Europas beitragen kann. Vorschläge der von der Europäischen Kommission eingesetzten Intellektuellengruppe für den interkulturellen Dialog, Brüssel 2008 (http://ec.europa.eu/languages/documents/report_de.pdf)

Giudici, Anja / Bühlmann, Regina: Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK). Eine Auswahl guter Praxis in der Schweiz, Bern: Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren 2014.

Küppers, Almut / Schroeder, Christoph / Gülbeyaz, Esin Işıl: Languages in Transition. Turkish in formal education in Germany. Analysis & perspectives, Istanbul Policy Center 2014.

Reich, Hans H.: Machtverhältnisse und pädagogische Kultur, in: Gogolin, Ingrid / Nauck, Bernhard (Hrsg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 343-364.

Rixius, Norbert / Thürmann, Eike: Muttersprachlicher Unterricht für ausländische Schüler, Soest: Landesinstitut für Schule und Weiterbildung 1987.

Schader, Basil / Truniger, Markus: Was ist und was will der herkunftssprachliche Unterricht (HSU)? Hintergrundtext, in: Schader, Basil (Hrsg.): Materialien für den Herkunftssprachlichen Unterricht. Hand- und Arbeitsbuch. Grundlagen und Hintergründe, Zürich: orell füssli, erscheint 2016.

Yıldız, Cemal: Die gegenwärtige Situation des muttersprachlichen Türkischunterrichts in Deutschland, Ankara: Yurtdışı Türkler ve Akraba Topluluklar Başkanlığı 2013.